

das vortreffliche große Orchester vorführt. Hochbefriedigt führen die hohen Herrschaften nach 1 1/2stündigem Aufenthalte nach Schloß Pommerfelden weiter.

Auch in Bamberg selbst stattete Herr Rupprecht seinen „hohen Besuch“ ab. Dort besuchte er auch den Dom. Und nun höre man das gleiche Blatt erzählen:

„Beim Verlassen desselben wurde der Kronprinz von dem ehemaligen Schloßpersonal erkannt und von diesem gebeten, die Neuanlage des Gartens der ehemaligen Residenz zu beaufsichtigen. Kronprinz Rupprecht leistete dieser Aufforderung in der lebenswürdigsten Weise Folge und beaufsichtigte auch mit seiner Gemahlin einige Räume der Residenz. Gegen 1 Uhr fuhren die Herrschaften wieder nach Pommerfelden zurück. Gestern mittag fuhr der Kronprinz wieder nach Bamberg. Als am Schönleinsplatz vor dem Hotel „Bamberger Hof“ die beiden Autos hielten, wurde der ehemalige Kronprinz erkannt und von der zahlreichen Menge aufs freudigste begrüßt. Seiner jungen Gemahlin wurde ein prächtiger Blumenstrauß überreicht. Um 1/2 1 Uhr setzten die Herrschaften ihre Reise nach der Fränkischen Schweiz weiter.“

Die Regie ist zweifellos ausgezeichnet, wenn auch ein wenig veraltet. Wilhelm von Doorn erzählt in seinen „Erinnerungen“ eine ähnlich rührselige Geschichte, wie die Arbeiter der Vulkanwerft ihn plötzlich mit einem Lorbeerkränz — 1888! — überrascht und beglückt hätten. Wilhelm hat sich damals wahrscheinlich ebenso vieles darauf eingebildet, wie Rupprecht es heute ob des Blumenstraußes tun wird. Allerdings hat Wilhelm inzwischen erfahren, daß Lorbeerkränze und Blumensträuße so wenig seine „steile Höhe“ sichern konnten, wie die berühmten „Rosse und Reifige“. Rupprecht wird mit seinen Getreuen um Islander und Escherich dieselbe Erfahrung machen müssen.

Annexionismus gleich Landesverrat.

Zum Prozeß Breitscheid-Kloth.

Der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Herr Emil Kloth, ist gestern wegen verleumderischer Beleidigung des Genossen Dr. Breitscheid zur höchst zulässigen Geldstrafe von 1500 M. verurteilt worden, nachdem Breitscheid erklärt hatte, es liege ihm nichts an dem Strafmaß, sondern alles nur an der Feststellung des Tatbestandes. Ist dieser Ausgang des Prozesses für die Deutsche Volkspartei und ihren Generalsekretär schon an sich wenig schmeichelhaft, so ist sein Verlauf auch in anderer Beziehung bemerkenswert.

Der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei verteidigte sich nämlich mit der Behauptung, Breitscheid habe während des Krieges die bekannte Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände ins Ausland geschickt und Honorar dafür empfangen. Dadurch seien die Gegner zum Durchhalten angefeuert worden, und darin bestehe Breitscheids „Landesverrat“. Nun enthält die genannte Denkschrift keineswegs militärische Geheimnisse, sondern nur ein weitausgreifendes annexionistisches Programm. Der Gedankengang ist also der: Durch dieses Annexionsprogramm fühlten sich die Gegner in ihrem territorialen Bestande beunruhigt, sie sahen als Wirkung eines deutschen Sieges verhängnisvolle Folgen für sich voraus und wurden dadurch veranlaßt, bis zum äußersten Widerstand zu kämpfen. Indem Breitscheid solche Pläne dem Ausland bekannt werden ließ — daß er das nicht getan und auch dafür kein Geld erhalten hat, ist erwiesen —, sollte er „Landesverrat“ begangen haben.

Die gegnerische Beweisführung geht damit von der Voraussetzung aus, daß die deutsche Annexionspropaganda kriegsverlängernd gewirkt und einen Verständigungsfrieden verhindert habe. Das ist es aber gerade, was die Sozialdemokratie während des Krieges immer und immer wieder gesagt hat. Dafür ist sie von denen, die ihre blödsinnigen Annexionspläne täglich in alle Welt hinausbrüllten und -trompteten, der Flaumcherei und des Defaltismus beschuldigt worden. So schlägt der Prozeß Breitscheid-Kloth in seinem Endeffekt gegen die Deutsche Volkspartei, die vormalige Nationalliberale Partei, selbst aus. In Wirklichkeit war es ein Prozeß des Generalsekretärs der Volks-

partei gegen Stinnes, Stresemann, Arps, Lubendorff, gegen den Zentralverband der Industriellen, den Bund der Landwirte, die Vaterlandspartei und die eigene Partei. Ihnen allen ist gesagt worden, daß ihr Treiben während des Krieges in seiner Wirkung dem Landesverrat gleichzusetzen sei.

Kein Kommunismus in Rußland!

Selbst die „Rote Fahne“ gibt es zu.

Das Berliner kommunistische Blatt polemisiert gegen die Feststellungen, die wir gestern an der Hand der Erklärungen Krassins über die Wirtschaftspolitik Rußlands machten. Sieht man von den üblichen Formen der Polemik ab, so bleibt von seinen Darstellungen folgender Kern übrig:

Daß es in Sowjetrußland vorderhand keine kommunistische Wirtschaft gibt, hat niemand verheimlicht. Es bleibt nur die Frage: wo er die Entwicklung zu diesem Ziel führen soll. Die Bourgeoisie auf Kosten des Proletariats, mit „Blut und Eisen“, wie es Marx sagt, oder umgekehrt die Arbeiterklasse auf Kosten des Bürgertums. Der Staatskapitalismus in Sowjetrußland ist die Form, in der sich die Entwicklung zum kommunistischen Wirtschaftssystem unter ausschließlicher Herrschaft des Proletariats vollzieht.

Es besteht zunächst also Einverständnis darüber, daß es in Rußland nach fünf Jahren kommunistischer Parteiherrschaft eine kommunistische Wirtschaft nicht gibt. Für 90 Proz. des russischen Wirtschaftskörpers, Landwirtschaft und Binnenhandel, gibt die freie Wirtschaft, für den Rest, Industrie und Außenhandel, besteht ein staatskapitalistisches System, wonach der Staat als Kapitalist selbständige Unternehmungen betreibt oder mit dem ausländischen Kapital gemeinsam Geschäfte macht. Das soll nun die Form sein, in der sich der „Uebergang zum kommunistischen Wirtschaftssystem“ vollzieht. In Wirklichkeit handelt es sich, nach anfänglichen kommunistischen Experimenten, um eine fluchtartige Rückentwicklung zum Kapitalismus.

Nachdem die „Rote Fahne“ die entscheidende Position aufgeben mußte, klammert sie sich noch trampfhaft an die Redensart von der „ausschließlichen Herrschaft des Proletariats“, die in Rußland bestehen soll. Dürfte sie der Wahrheit die Ehre geben, so würde sie zugeben, daß das Proletariat nirgends so rechtlos ist wie in Rußland, wo es keine Pressefreiheit, keine Redefreiheit, keine Koalitionsfreiheit und kein gleiches Wahlrecht zu den öffentlichen Körperschaften gibt. In diesem Zustand der Rechtlosigkeit, immer am Rand des Hungerperiodes lebend, ist das arbeitende Volk Rußlands dem eindringenden internationalen Kapitalismus als wehrlose Beute preisgegeben.

Dafür haben Millionen verbluten, verhungern, in Gefängnissen verdorren müssen. Zu diesem Ziel soll das deutsche Proletariat den gleichen Weg gehen? Die Kommunisten wissen ja selbst, daß ihnen durch die Entwicklung der Dinge in Rußland, zuletzt durch das offene Geständnis Krassins, daß es in Rußland gar keinen Kommunismus gebe, das Rückgrat gebrochen ist. Solange sie nicht den Mut finden, das eingestehen, werden sie Lügner bleiben müssen.

Abdankung des Sultans?

London, 29. September. (W.B.) Reuter meldet aus Konstantinopel von gestern nachmittag 3 Uhr: Obgleich keine offizielle Bestätigung vorliegt, wird aus gut unterrichteten Kreisen gemeldet, daß der Sultan zugunsten des Thronfolgers Prinzen Abdul Medschid abgedankt hat.

Reuter meldet weiter aus Konstantinopel, Mustafa Kemal wiederholte in seiner Antwort auf die ihm von General Pellet durch Admiral Dumesnil in Smyrna wegen der neutralen Zone überhandte Botschaft seine Erklärung, daß er von dem Bestehen einer neutralen Zone nichts wisse. Kemal Pascha weist darauf hin, daß er aufrichtig wünsche, Zwischenfälle zu vermeiden und regt die Zurückziehung der englischen Truppen an. General Harrington dankt in seiner Antwort Kemal für seine Versicherung, daß er Zwischenfälle zu vermeiden wünsche und regt eine Konferenz der örtlichen britischen und türkischen Befehlshaber an zwecks Festlegung einer vorläufigen neutralen Zone, damit dadurch die Gefahr eines Konflikts vermieden werde.

voll eckstiller Zusammenbruch hat etwas so Ergreifendes, wie es in der Oper etwa noch die Rührung der Großmeisterin Bahr-Widenburg zuwege brachte. Einem solchen Gegner ist Michael Behnen, der Spieler, vollumfänglich gewachsen ja er leistet positiver noch Stärkeres, weil seine Rolle weniger mit Musikstücken besetzt ist. Messerschärf sein Blick, graulich sein Bauen, sein Raubtiergesicht, elementar seine Wildheit, der Schatten Mephistos läuft neben ihm her. Doch bevor er singt und springt, sammelt er Spannungen, unmerkbar zieht er die Fäden einer Oberflächendramatik an sich und versucht, einer Moritat die Würde theatralischer Logik zu erspielen. Die zarte Nuance hat er nicht, die großen Gesten sind sein Feld, er spielt sozusagen im Holzschritt. So werden Mattheiten der Musik, Haltpunkte der persönlichen Rolle, im Bild, im ironischen Herausziehen der Töne, im herzutretenden Vortausdruck vergessen gemacht, verdeckt. Die Effekte bringt er nicht nur, er schafft sie, schüttelt sie aus dem Kermel. Seine nicht gerade immer zart behandelte Stimme gibt an diesem Abend Reutherles an Wohlklang her; aber die Sinnlichkeit des Gesungenen wird kein vor der glutvollen, glühendlohten Charakteristik des Schauspielers. Ganz klein werden die männlichen Mißspiele. Der Weitlauf eines großen Mannes mit dem Schatten der Unzulänglichen. Südlische Begeisterung wand ihm und der Barbara Ehrenkränze.

„Volkshund für Naturschutz.“ Die Herfführung und Verursachung bedeutender Naturschätze, die immer mehr zunimmt, kann nicht durch Gesetze und Mahnungen allein verhindert werden. Es bedarf dazu einer das ganze Reich umspannenden Mobilisierung des Volkswillens. Dieser Aufgabe will sich nun ein „Volkshund für Naturschutz“ widmen, über dessen Organisation in den „Heimatlättern der Roten Erde“ berichtet wird. Dieser Bund, dem die staatliche Naturschutzverwaltung in Breiten freundlich gegenübersteht, will die vielfach zerstückelten Organisationen zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, den Naturschutzgedanken in allen Kreisen verbreiten und als Träger wirksamer Sicherungsmittel auftreten.

Die englischen Fischer verlassen die Nordsee. Die spärlichen Fänge der letzten zwei Jahre und die schlechte Beschaffenheit der eingebrachten Beute hat die Fischer von Hull veranlaßt, sich die Frage vorzusetzen, ob die Fischerei in der Nordsee überhaupt noch lohnend sei. Einzelne Fischer erwarten gar nichts mehr von dem bisher bearbeiteten Gebiet und haben sich in der Hoffnung, bessere Geschäfte zu machen, neuen Jagdgründen zugewandt. Wie englische Blätter melden, bereitet man in Hull einen Fischzug in den Gewässern von Neufundland vor und verspricht sich davon sicheren Erfolg. Seit 300 Jahren fischt man zwar auch schon im nördlichen Atlantischen Ozean, aber von einer wirklichen Ausnutzung des Gebietes kann nach keine Rede sein. Bisher waren die Bemühungen der Fischer in diesem Teil des Meeres nur auf die teuren Fische gerichtet, von denen einzelne Arten unter den Einwirkungen eines intensiven Fischzuges bereits stark gelitten haben. Die geringeren Fischarten, wie Hering und Kabeljau, Flundern und Schellfisch, sind jedoch noch in unbegrenzten Mengen vorhanden. Die englischen Schlepptugschiffe verprechen sich um so mehr Erfolg von ihrem Unternehmen, als sie im Haag dieser Arten reiche Erfahrung besitzen und den Transport leicht bewerkstelligen können. Für die deutsche Hochseefischer wird diese englische Abwanderung

Besorgnis in England.

London, 29. September. (W.B.) Die gesamte Morgenpresse weist auf der großen Ernst der Lage im nahen Osten hin. „Times“ schreiben: Die 4 bis 5 Ministerkonferenzen, die unter Teilnahme der militärischen Berater der Regierung innerhalb der letzten 48 Stunden stattgefunden hätten, seien ein genügender Beweis für die Schwierigkeit der Lage im nahen Osten. Alle Zeichen deuteten darauf hin, daß die Lage, in der sich die Regierung befindet, ernster sei, als das große Publikum denke.

Ein englisches Infanterieregiment und 1000 Mann der britischen Luftstreitkräfte sind gestern in Konstantinopel eingetroffen.

London, 29. September. (W.B.) Reuter veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt: In hiesigen britischen Kreisen wird erklärt, daß die Spannung wegen der Orientfrage durch das Telegramm Mustafa Kemals an Harrington in keiner Weise vermindert worden sei. Heute wird Franklin Bouillon in Anzgera erwartet, der der nationalgriechischen Regierung nähere Erklärungen zu der Note der Alliierten geben wird. Hierauf wird vermutlich die Nationalversammlung zusammentreten. Die endgültige Antwort auf die Note der Alliierten wird wahrscheinlich noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Lage wird als zweifellos ernst bezeichnet, und die dauernde Verzögerung gleichzeitig mit den letzten Erklärungen Mustafa Kemals sei nicht geeignet, sie zu verbessern.

Grenzmeldungen aus Thrazien.

Sofia, 28. September. (W.B.) Die bulgarische Telegraphenagentur meldet: 240 türkische Flüchtlinge aus Sezara, Männer, Frauen und Kinder, stellten sich gestern dem bulgarischen Grenzposten mit dem Bemerkten, daß sie vor dem griechischen Terror geflohen seien. Ihr Dorf sei von den Griechen umstellt, die Häuser in Brand gesteckt und ein Teil der Bewohner niedergemacht worden. Die bulgarischen Behörden suchten die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen, diese weigerten sich aber, weil, wie sie sagten, die griechischen Behörden eingeschlossen seien, das ganze türkische Element in Thrazien auszurotten. Noch beschäftigten bulgarischen Nachrichten wurden die Türken, die sich noch in der Umgebung von Agathisch befanden, von den griechischen Behörden festgenommen und nach griechischen Inseln übergeführt.

Militärdiktatur in Griechenland.

In einem dem W.B. von der Griechischen Gesandtschaft übermittelten Bericht aus Athen heißt es u. a.:

Das ganze Volk sowie die Armee, die sich in Athen befindet, empfing mit größter Freude und Begeisterung die revolutionäre Armee, die am Mittwoch nachmittag in die Stadt einzog, nachdem ihre in einem Ultimatum aufgestellten Forderungen sowohl von der Krone wie von der Regierung angenommen worden waren. Der Geist und das Ziel der revolutionären Bewegung, die im wesentlichen national ist, wurden vom ersten Augenblick an sehr sympathisch von allen aufgenommen, wodurch die Einigung sämtlicher Hellenen gelang, deren Ziel die Rettung des Vaterlandes ist. Alle, die extremsten Royalisten einbegriffen, stellten sich auf die Seite der nationalen Union. Bis zur Bildung eines endgültigen Kabinetts hat ein Ausschuss von 12 Offizieren, die an der Spitze der revolutionären Partei gestanden haben, die vorläufige Regierung übernommen. Die Verwaltung und die Verteidigung der griechischen Interessen im Auslande sollen Venizelos anvertraut werden.

Um die Nachfolge Dubois'.

Paris, 29. September. (W.B.) Wie „Matin“ mitteilt, hat Jonnart in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré erklärt, er könne die ihm angebotene Nachfolge Dubois in der Reparationskommission aus Gesundheitsrücksichten nicht annehmen. Jonnart soll Poincaré einige Persönlichkeiten genannt haben, die nach seiner Ansicht als Nachfolger Dubois in Frage kommen könnten.

Broddorff-Kangau Botschafter in Moskau. W.B. zufolge ist Graf Broddorff-Kangau als Botschafter in Moskau in Aussicht genommen. Er dürfte seinen Posten im Laufe des Oktober antreten.

Der Mörder.

Von Egon S. Straßburger.

Vor wenig Tagen ereignete sich dieser Mord; aber es war kein übliches Verbrechen, kein landläufiges, sondern eine aparte Angelegenheit war es: griechisch, bizarr, komisch, bemitleidenswert!

Auf einer Eisenbahnfahrt zog ein Mann in der Nähe von Hannover plötzlich sein scharfes Messer aus der Tasche und verlenkte den Stahl in die Brust seines Nachbarn, der, wie er, vierter Klasse fuhr und gerade eingeschlafen war. Der Getroffene erwachte nicht mehr aus dem Schlummer. Die anderen Mitreisenden stürzten sich auf den Mordgefahren, der so drangaliert wurde, daß das Gesicht seine menschlichen Züge verlor und der Körper eine andere Form annahm. Dann warfen die Rächer des Toten den Lebendigen zum Fenster des Wagens hinaus; draußen blieb er rückwärts liegen.

Dieser Mord war kein Raubmord, keine laibliche Tat — der Mörder hatte nur eine hysterische Furcht vor dem eisernen, kühlen Winter. Mit Angst und Grauen bemitleidete er sein Blut und seine Glieder. Er hatte die Vorahnung, daß es den Menschen schlecht ergehen kann Ende 1922, daß die Winterkälte nicht ausreichen möchte, um Menschen vor dem Grimm von 15 Grad Reaumur zu schützen, und so erklärte dieses armenige Menschenkind, es habe die Tat begangen, um im Winter im Zuchthaus zu sitzen. Das Zuchthaus als Winterfrühling! Das Zuchthaus als Wärmeherde, als Luftkurort, als St. Moritz, Oberhof, Armutshilf. Der Mörder mit dem Taschenmesser stellte wenig Bedürfnisse ans Leben. Er wollte keine Hefte im Smoking, keine Hüfte, keine Nadelspitzen in mollischer Winterlandschaft. Er wollte in der gehetzten Einzelzelle seinen Winter verbringen. Er war eine bemitleidenswerte, wenabgeirrte Natur. Ein Menschenwesen ohne Menscheninhalt, ein Stüchchen Verschrobeneheit. Er hatte kein ethisches, kein moralisches, kein menschliches Empfinden. Er war ein knalliger Egoist mit den starken Initialen der Narrenhausbedenkung.

Daß er vor seinem Wahnsinn an die Familie des Opfers gedacht hat, ist nicht anzunehmen. Der Stoß des Messers war zu brutal und sicher geführt.

Und die Lustig?
Der Verorgungsbedürfnis wird, wenn sein Körper wieder Form erhalten hat und das harte Gehirn wieder in die alte Lage zurückkehrt, vor Gericht zitiert werden. Man wird ihn ins Zuchthaus schicken, wird ihn nie wieder dort entlassen. Und er wird lächeln, glückselig lächeln, denn seine Heimat ist wohlgeheizt und Millionen können frieren, die nicht seines Glückes teilhaftig werden. ...

Michael-Behnen-Gastspiel in der Staatsoper. Seinen Paraderollen hat Behnen eine neue ein, die des Franzosen in Schillings Zauber „Rosa Lisa“. Wenn sein Mephisto mit einem teuflischen Liebermut, mit weit ausholenden Schritten und breitem Mantelwurf die Szene so hart beherrscht, daß Volkswichtiges aus seiner Umgebung in nichts zusammenzuckert, so ist ihm hier eine Barmerin, die Stordalisa beigelegt, die, wenn sie Barbara Kemp heißt, dem Doppelspiel höchsten Maßstab vorschreibt. Sie ist mit der Partie innig verwandt, sie hat in Gesang und Gebärde etwas wahrhaft hypnotisches, und ihr hysterischer Anfall, ihr qual-

aus der Nordsee ohne Einfluß sein, da die Jagdgebiete der deutschen Fischer in anderen Gegenden der Nordsee liegen als die ihrer englischen Konkurrenten.

Das Geheimnis des Bumerangs. Die primitiven Völker, die in mancher Erdkunde den zivilisierten Nationen vorausgegangen sind, haben auch schon den Gleitflug, dessen der Mensch jetzt Herr geworden ist, benutzt, was nicht um selbst zu fliegen, aber doch um eine furchtbare und geheimnisvolle Waffe zu handhaben. Wie Charles Gregory in einem englischen Blatte ausführt, beruht nämlich die Wirkung des „Bumerang“ oder Schwirrhölzchens auf dem Prinzip des Gleitfluges. Der Bumerang, der von vielen australischen Volksstämmen als Waffe benutzt wird, ist ein gebogenes Stück Holz, seine Länge schwankt zwischen 2 und 3 Fuß und das Gewicht beträgt oft 2 Pfund. Die eine Seite ist hoch, die andere konvex, und die konvexe Seite hat eine scharfe Schneide. Diese Waffe werden die Wilden so außerordentlich weit, daß man nicht annehmen kann, der Antrieb erfolge allein durch die Kraft des Werfenden. Gregory hat Entfernungen, die der Bumerang zurücklegte, bis zu 480 Meter gemessen. Der Schleuderer stellt sich immer mit dem Winde und wirft den Bumerang etwa nach einem kleinen Baum, der 200 Meter entfernt ist. Die Waffe fliegt dann etwa 6 Fuß über dem Boden hoch mit einem Schwünge, der durch die Luftströmung verstärkt wird, dreht sich bei dem Baum um und kehrt dann im Gleitflug zurück, bis sie vor die Füße des Werfenden fällt. Es scheint ganz zweifellos zu sein, daß die Eingeborenen hier dieselbe Kraft ausgenutzt haben, die der Segelflieger verwendet; nur benutzen sie sie nicht für sich selbst, sondern für das Werkzeug, das unter Verwertung der Luftströmung dahingehet.

Amerikanische Verbrecherstatistik. Der amerikanische Richterverband hat bei Gelegenheit seiner in San Francisco abgehaltenen Jahresversammlung einen Bericht herausgegeben über Häufigkeit und Verteilung der Verbrechen in den Vereinigten Staaten, demzufolge die kriminelle Lage, soweit Gemeinlichkeitsverbrechen usw. in Frage kommen, schlimmer ist als in jedem anderen Lande; dagegen stehen, was die sog. unehrenhaften Verbrechen anbelangt, die Vereinigten Staaten besser da als die meisten anderen Länder. Der Bericht stellt fest, daß im letzten Jahre in den Vereinigten Staaten rund 9500 Fälle von Totschlägen vorgefallen sind und daß in keinem Jahr des letzten Jahrzehnts deren Zahl unter 8500 heruntergegangenen ist. Die große Zahl von Totschlägen sei vornehmlich darauf zurückzuführen, daß es in den Vereinigten Staaten allzuleicht ist, in den Besitz von Schusswaffen zu kommen, und daß es keine Gesetze gebe, welche das Tragen von verbotenen Waffen verbieten; 90 Proz. aller Morde in den Vereinigten Staaten sind mit Taschenfeuerwaffen begangen worden. Einbruchdiebstahl und während des letzten Jahrzehnts um 1200 Proz. gestiegen, wobei die Einbrecher durchgehends sofort bewaffnet sind. Andere Verbrechen hingegen, wie reine Diebstähle, Erpressungen, Betrügereien, Fälschungen, Unterschlagungen usw. sind so viel weniger häufig als anderswo, daß — wollte man aus ihrer Zahl einen Schluß auf die Moral der einzelnen Länder ziehen — die Vereinigten Staaten besser dastünden als die meisten anderen.

Zu der Krania. Anvaliden Nr. 57, Spidit am 1. Oktober Jean Peter Rippen über „Sittliche Wege zur Rump“.

Die letzten Feuerwehrpferde.

Die Berliner Feuerwehr ist heute, wie alle anderen städtischen Verwaltungen, gezwungen, ihren Betrieb auf das Notwendigste zu beschränken. Durch Zusammenfassung der sämtlichen Löschmittel in Groß-Berlin und eine Neuerteilung der Ausrüstungsgegenstände der einzelnen Feuerwachen war es bereits möglich, drei große Wachen und eine kleinere stillzulegen und dadurch den zu unterhaltenden Bestand an Mannschaften und Fahrzeugen erheblich herabzusetzen. Derartige Einschränkungen sind jedoch so begrenzt, daß die Feuerfähigkeit der Stadt davon nicht berührt wird.

Auch in der Zeit des Betriebes werden jetzt wieder durchgreifende Maßnahmen getroffen, um hauptsächlich durch Beseitigung des noch vorhandenen kostspieligen Pferdebetriebes Ersparnisse zu erzielen. Für einen Wartebetrieb wie die Feuerwehr ist die Pferdehaltung außerordentlich unwirtschaftlich und ist daher schon aus Sparmaßregeln Gründen schleunigste Beseitigung geboten. Die Pferdehaltung erfordert auf der Brandstelle Beseitigung besonderer Pferdehalter, während die Fahrer der Automobilsfahrzeuge zur Brandbekämpfung mitherangezogen werden. In Alt-Berlin wird in den nächsten Tagen der letzte bespannte Löschzug in der Linienstraße durch Automobilsfahrzeuge ersetzt werden; dann sind nur noch fünf Gespanne für Spezialfahrzeuge (Schlauch- und Rettungswagen) vorhanden. Aber auch hierfür sind die entsprechenden automobilen Ersatzfahrzeuge in Arbeit und werden noch bis zum Ende des Jahres in Dienst gestellt werden. Alsdann ist für Alt-Berlin die Feuertätigkeit durch den Krieg unterbrochene Automobilisierung völlig durchgeführt. Bei den Wehren der Außenbezirke sind noch eine Anzahl der Fahrzeuge mit ständiger Pferdebespannung, deren Beseitigung in möglichst kurzer Zeit angestrebt wird.

Mordprozess Nagler.

Ein großer Tag in Moabit.

Moabit hatte heute seit langer Zeit wieder einmal seinen großen Tag. Schon der große Jubelzug des Publikums zu den Tribünen des großen Schwurgerichtssaales, der bereits in den frühen Morgenstunden einsetzte, deutete darauf hin, daß hier ein großer Sensationsprozess zur Verhandlung kommen sollte. Abwehrmaßnahmen verhindern eine drohende Ueberfüllung, so daß viele der Sensationslustigen wieder gehen mußten. Auf dem Korridor drängen sich elegante Damen, die überall dabei sein müssen, wo etwas „los“ ist, und nachdem die Saaltribünen geöffnet wurden, kam es zu einem ziemlich ungestümen Gedränge.

Es handelt sich um den Schlußakt jenes großen ausserordentlichen Mordprozesses gegen die Geschwister Gertrud und Ernst Nagler, der heute zum dritten Male vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weigert zur Verhandlung kommt. Der auf schweren Raub mit Todeserfolg lautenden Anklage liegt die in raffinierter Weise von Ernst Nagler inszenierte und von seiner Schwester und ihrem Bruder, dem Drogeristen Wilhelm Bock, ausgeführte Tötung und Beraubung des Kaufmanns Paul Wolfner am 22. Juni 1920 im Hotel Münchener Hof in der Königsgräber Straße zugrunde. Wie erinnerlich, war Wolfner in das Hotel dadurch gelockt worden, daß man ihm den Schlüssel eines Geschäftes vorgezeigt hatte. In einem Hotelzimmer, in dem sie alles zur Tat vorbereitet hatten, empfangen sie den Ahnungslosen und versuchten ihn zunächst durch Reiz, den sie ihm unter die Nase halten, zu betäuben. Als er sich wehrte, steckten sie ihm einen Knebel in den Hals, an dem B. dann erstickte. Am 24. Juni 1921 wurden wegen dieses Totschlags Gertrud Nagler zu 15 Jahren Zuchthaus, Ernst Nagler und Wilhelm Bock zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Während die gegen das Urteil von sämtlichen Angeklagten eingelegte Revision bei Bock verworfen wurde und dieser seine Strafe anzutreten hat, stand am 22. Mai d. J. zum zweiten Male Verhandlung gegen die Geschwister Nagler an, die mit Rücksicht auf die Verhandlungsunfähigkeit der Gertrud Nagler auf unbestimmte Zeit verlagert werden mußte. Die Revision bei diesen beiden Angeklagten hatte aus dem Grunde Erfolg gehabt, weil bei ihrer Verurteilung wesentliche Teile der mündlichen Verhandlung durch Verlesung von Protokollen ersetzt worden waren, die Verteidigung durch Ablehnung von Beweisanträgen beschränkt und den Geschworenen Beweisstücke in das Beratungszimmer verbracht worden waren, die nicht Gegenstand der Verhandlung waren. Mit Rücksicht auf die Verhandlungsunfähigkeit der Gertrud Nagler, die an schweren Nierenblutungen litt, hatte im Mai d. J. der Staatsanwalt die Vertagung der Verhandlung gegen die Angeklagte, gleichzeitig aber die Abtrennung der Sache gegen Ernst Nagler und Verhandlung gegen diesen beantragt. Diesem Antrag hatte die Verteidigung widersprochen und das Gericht war daraufhin zu einer Vertagung des ganzen Prozesses gekommen.

Heute wieder Kino.

Die Kinoseife, die schreckliche Zeit, soll heute zu Ende gehen. Der Hauptausdruck des Berliner Lichtspielgewerbes teilt mit, daß der Magistrat die bisher geltenden Steuerförmlichkeiten mit sofortiger Wirkung herabgesetzt und weiterhin zugehört hat, in den am Sonnabend, den 30. September, beginnenden Verhandlungen der weiter zu erwartenden Geldentwertung in der endgültigen Steuerordnung, die spätestens am 1. November in Kraft tritt, Rechnung zu tragen. Der Hauptausdruck hat daraufhin beschloffen, seinen Mitgliedern die Wiedereröffnung ihrer Theater von heute ab zu empfehlen.

Blutskande.

Ein Bild tiefer ständiger Verkommenheit entrollte eine unter Aufsicht der Öffentlichkeit gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III stattgefundene Verhandlung gegen die Arbeiter Friedrich und Albert Horn, Vater und Sohn, die sich in schwerster Weise an ihrer Tochter bzw. Schwester Erna stüßlich vergangen haben. Dem Vater konnte nachgewiesen werden, daß er schon kurz nach der Einbringung mit seiner Tochter Erna unzählige Handlungen vorgenommen hatte und ferner seiner zweiten Tochter Martha, allerdings vergeblich, wiederholt nachgestellt hatte. Dem Angeklagten Albert Horn wurde ein Fall nachgewiesen, in dem er mit seiner Schwester verkehrt hatte. Das Gericht verurteilte den entmenschten Vater zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Bei dem Sohn ließ es Wilde walten, da dessen Verteidiger R. W. Dr. Stemmer ihn damit entschuldigte, daß der Angeklagte 3 1/2 Jahre in Kriegsgefangenschaft gewesen ist und durch die Entbehrungen und Einwirkungen der Gefangenschaft seine Moral stark gelitten hat. Aus diesem Grunde verurteilte ihn das Gericht nur zu 1 Monat Gefängnis und gab ihm eine Bewährungsfrist bis zum 30. September 1925.

Erhöhte Schulgeldsätze.

Die katastrophale Senkung des Geldwertes hat leider zur Folge, daß nun auch das Schulgeld an den höheren Schulen sich erhöht. In Sachsen tritt vom 1. Oktober an den staatlichen und unter staatlicher Verwaltung stehenden Schulen eine Erhöhung von 600 Mk. auf 2400 Mk. im Jahre ein. Auch die Preussische Schulverwaltung hat sich dieser bedauerlichen Entwicklung nicht entziehen können. Auch sie hat dem Umstande Rechnung zu tragen, daß das außerordentliche Steigen der Aufwendungen für die höheren Lehranstalten bei der ungünstigen Finanzlage des Staates und der sonstigen Unterhaltungspläne eine Erhöhung des Schulgeldes dringlich gemacht hat. Vorbehaltlich der zu Ausschluß genommenen gesetzlichen Regelung der Schulfrage hat daher, wie der amtliche Preussische Pressebericht erzählt, das Ministerium für Kunst, Wissenschaft

und Volksbildung im Einverständnis mit dem Finanzminister bestimmt, daß vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab an den staatlichen, den vom Staate verwalteten und den vom Staate und anderen gemeinnützigen unterhaltenden höheren Lehranstalten für sämtliche Schüler und Schülerinnen allgemein jährlich 1500 Mk. an Schulgeld erhoben werden. Von dem gesamten Schulgebühren kommen bis zu 10 v. H. zu Freistellen und Schulgeldermäßigungen Verwendung finden. Die Aufnahmegelder wird ebenfalls vom 1. Oktober ab erhöht und zwar auf 30 Mk. An den mit den Obergelehrten der staatlichen höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend verbundenen Übungsschulen ist von dem gleichen Zeitpunkt ab ein Schulgeld von jährlich 600 Mk. zu erheben. — Die Provinzialschulkollegien sind ermächtigt worden, an den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten Schulgebühren bis zu 2000 Mk. jährlich selbständig zu genehmigen, wenn die Unterhaltungspläne sich gleichzeitig bereit erklären, 15 v. H. des gesamten Schulgebührens zu Freistellen und Schulgeldermäßigungen zu verwenden. Zur Einführung von Schulgebühren über 2000 Mk. hinaus bleibt die Genehmigung des Ministers vorbehalten. Für auswärtige Schüler und Schülerinnen kann an diesen Anstalten mit Genehmigung des Provinzialschulkollegiums ein Zuschlag bis zu 25 v. H. erhoben werden.

„Haseger“.

Die Hausbesitzer gegen ihre eigene Genossenschaft.

Die Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Haus- und Grundbesitzer hat die Kosten für Müllabfuhr bei zweimaliger Abholung in der Woche auf 600 Mk. pro Kasten im Monat herausgesetzt. Da man bei einem Normalhaus mit der Abfuhr von 2 Kästen im Sommer und 3 Kästen im Winter zu rechnen hat, so ergibt der neue Satz für Müllabfuhr einen Jahresbetrag von 18 000 Mk. Das bedeutet bei einer Friedensmiete für das Haus von 14 000 Mk. (und entsprechend einer Grundmiete von 11 200 Mk.) 130 Proz. Friedensmiete oder 160 Proz. Grundmiete. Zurzeit ist nach der Bekanntmachung des Magistrats zur Ausführung des Reichsmietengesetzes die Umlage der Kosten für Müllabfuhr, soweit sie nicht kommunal betrieben wird, auf 50 Proz. der Grundmiete höchstbegrenzt. Den Mietern Alt-Berlins, wo die Müllabfuhr kein Betrieb der Kommune, sondern eben der freien Wirtschaftsgenossenschaft ist, wird daher die Heraushebung der Genossenschaftspreise im Augenblick noch nicht gefährlich; indes droht natürlich, daß der Magistrat dem Verlangen der Hausbesitzer auf Heraushebung der Höchstgrenze stattgibt und dies damit rechtfertigt, daß nach dem Reichsmietengesetz (§ 3 Abs. 2) der Zuschlag für Betriebskosten „der jeweiligen Höhe Rechnung tragen“ muß. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Umpassung der Zuschläge an die Betriebskosten vorbehalten nur insoweit stattfinden darf, als die Höhe der Betriebskosten von privater Willkür völlig unabhängig ist und lediglich von dem Ermessen der Behörde abhängt. Andersfalls, wenn also die Betriebskosten sich als Schulden an eine Privatperson oder eine private Vereinigung darstellen, ist es gerade Aufgabe der Behörde, diese Schuldenhöhe zu kontrollieren und die Umlage der fraglichen Kosten nach oben zu begrenzen. Eine gerechte soziale Forderung ist es nun, diesen Höchstbetrag keinesfalls höher festzusetzen, als die entsprechenden Kosten beim kommunalen Betrieb sind. Damit wird sich der Hausbesitzer um so eher abfinden können, als von seinen Vertretern nicht oft genug die Unrentabilität jedes kommunalen Betriebes und seine Konkurrenzunfähigkeit behauptet wird. In Resultat ist die kommunale Müllabfuhrgebühren soeben auf 118 Proz. der Grundmiete festgesetzt; diese Kosten bleiben also hinter den neuen Sätzen der freien Genossenschaft erheblich zurück.

Interessant ist es, im „Grundbesitzer“, dem Organ der Berliner Grundbesitzer (Nr. 36), in einem offenen Brief an den Bundesvorsitzenden und Wortführer des Hausbesitzer-Ladenbörse zu lesen, wie selbst in den Kreisen der Hausbesitzer die Preispolitik ihrer Genossenschaft als Zwangsgerechtigkeit wird, die Häuser an Ausländer zu verkaufen. Der Magistrat braucht sich also, wenn er sich mit dem Antrage auf Heraushebung der Höchstgrenze für die Kosten der privaten Müllabfuhr zu befassen hat, gar nicht einmal den kommunalen Betrieb von Neufuß zum Muster zu nehmen, sondern nur das eigene Urteil der Hausbesitzer über die privatkapitalistische Unrentabilität ihrer eigenen Genossenschaft. Der fragliche Brief im „Grundbesitzer“ spricht von „Hasegerlern“, die freisind über die Besitzer von Mietshäusern hergestellt. — Der Verfasser dieses Briefes verrät nur seine Naivität, wenn er von „Hasegerlern“ in Bezug auf die Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Haus- und Grundbesitzer spricht, denn die Genossenschaft und die Hausbesitzerorganisation sind wirtschaftlich gesehen dasselbe. Weniger harmlos ist natürlich Herr Labenderff, der aber diplomatisch genug ist, die Äußerung eines Notizen abzurufen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein fesselnder Fehler hat sich in die Mitteilung unseres Verlages über die neuen Bezugsbedingungen des „Vorwärts“ eingeschlichen. Es ist dort davon die Rede, daß die Zustellung des Blattes im Oktober mindestens 60—65 Prozent kosten würde. Es soll selbstverständlich, wie unsere Leser wohl selbst schon richtiggestellt haben, 60—65 Mark heißen.

19. Verwaltungsrat, Pantow, Niederschönhausen, Heinersdorf, Karow, Buch, Buchholz. Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde bittet, die Kinder, die 5—8 Tage an einer Ferienfahrt teilnehmen wollen, am Sonnabend, den 30. September, zwischen 2—5 Uhr bei der Genossin Wisniewski, Heinersdorf, Timmsstraße 58, v. 1 Tr., anzumelden. Dort alles Nähere.

Genosse Walter Meier hält am Sonntag, den 1. Oktober, in der Trinitatisstraße Charlottenburg (mit Untergrundbahn bis Bismarckstraße) eine religiöse Vortragsab. Thema: „Erntedankfest.“ Gesungene Darbietungen von Fräulein Häder.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

101. Mt. Treptow, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Frau Henkelstr. 7.
123. Mt. Kaulsdorf, Sonnabend abend 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung im Jugendheim, Kaulstr. 25.

Devisenkurse.

	29. September		28. September	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
100 holländische Gulden	63670.30	63820.70	66518.—	65082.—
1 argentinischer Papier-Peso	579.75	581.25	592.25	593.75
100 belgische Frank.	—	—	11785.25	11814.75
100 norwegische Kronen	27989.65	28060.05	28614.15	28685.85
100 dänische Kronen	33587.95	33672.05	34400.90	34493.10
100 schwedische Kronen	42946.25	43068.75	43545.10	43654.90
100 finnische Mark	3625.45	3634.55	3745.80	3754.70
1 japanischer Yen	—	—	789.—	791.—
100 italienische Lire	6881.85	6938.65	6991.25	7008.75
1 Pfund Sterling	7230.95	7239.05	7415.70	7484.30
1 Dollar	1627.96	1632.04	1665.41	1669.59
100 französische Franc	—	—	12559.25	12590.75
1 brasilianischer Milreis	—	—	169.76	170.24
100 Schweizer Franc	—	—	30861.85	30938.65
100 spanische Pesetas	—	—	25068.60	25131.40
100 österr. Kronen (abgest.)	2.13	2.17	2.18	2.17
100 tschechische Kronen	5003.70	5016.30	5228.45	5241.55
100 ungarische Kronen	63.92	64.08	64.41	64.59
100 bulgarische Lewa	988.75	991.25	998.75	996.25

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallarbeiter nehmen den Schiedspruch an.

Die Funktionäre der Metallindustrie, soweit sie in den Betrieben des RWA beschäftigt sind, nahmen am Donnerstag im „Arbeitervereinshaus“ zum Schiedspruch Stellung. Ulrich führte in seinem Bericht aus, daß erst nach langem Hin und Her Verhandlungen mit den Arbeitgebern zustande kamen. Auf die Forderung von 40 Mk. erklärten die Unternehmervertreter, sie seien nicht in der Lage, ein Angebot zu machen, gaben aber anheim, an das Reichsarbeitsministerium zu gehen. Am letzten Dienstag wurde vor demselben verhandelt und — da die Arbeitgeber wiederum kein Angebot machten — folgender Spruch gefällt:

Der Stundenlohn wird in der Klasse 1 um 25 Mk. erhöht. Alle anderen Gruppen und Klassen erfahren eine Lohnerhöhung, die im Verhältnis zu dem Abkommen vom 1. August stehen. Arbeitslose erhalten dieselben Zuschläge. Der Spruch gilt vom 25. September bis 29. Oktober und würde sich je nach Auswahl:

Klasse 1: 77 Mk., mit Zuschlägen 78,50 Mk.; Klasse 2: 75,80 Mk. bzw. 77 Mk.; Klasse 3: 73,10 Mk. bzw. 74 Mk.; Klasse 4: 71,40 Mk. bzw. 72 Mk.; Klasse 5: 69,55 Mk. bzw. 70 Mk.

Von 18 bis 21 Jahren gelten folgende Sätze: Klasse 1: 69,30 Mk. bis 70,80 Mk.; Klasse 2: 68,10 Mk. bis 69,30 Mk.; Klasse 3: 65,40 Mk. bis 66,20 Mk.; Klasse 4: 63,70 Mk. bis 64,30 Mk.; Klasse 5: 61,85 Mk. bis 62,30 Mk.

Die Akkordbasis ist in Klasse 1: 52 Mk., Klasse 2: 51 Mk., Klasse 3: 49 Mk., Klasse 4: 48 Mk., Klasse 5: 47 Mk. Dazu kommen die Zuschläge: Klasse 1: 25 Mk., Klasse 2: 25 Mk., Klasse 3: 24 Mk., Klasse 4 und 5: 23 Mk.

Jugendliche Arbeiter: 14 bis 15 Jahre 28 Mk., 15 bis 16 Jahre 30 Mk., 16 bis 17 Jahre 33 Mk., 17 bis 18 Jahre 42 Mk.

Jugendliche Arbeiterinnen: 14 bis 15 Jahre 27 Mk., 15 bis 16 Jahre 28 Mk., 16 bis 17 Jahre 35 Mk., 17 bis 18 Jahre 37 Mk. Die Ehefrau- und Kinderzulage bleibt dieselbe.

An der Diskussion wurden Stimmen für und wider den Spruch laut. Bedenken wurden dagegen erhoben, daß der Schiedspruch bis zum 29. Oktober gelte. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Annahme.

Nachdem ein Mittrauensvotum, das die Turbinenfabrik anlässlich der 48 stündigen Arbeitswoche gegen Ulrich beantragt hatte, ebenfalls mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden war, gab Niederländer einen Situationsbericht vom Streik der Rohrleger und Klempner und forderte zur praktischen Solidarität auf, durch Zeichnung der Sammellisten.

Der Streik der Rohrleger und Klempner.

Der Streik wird verschärft weitergeführt. Die Unternehmer heben ihre Taktik auf die durch die ungeheure Teuerung herbeigeführte Kollage der Streitenden aufgebaut. Sie rechnen damit, daß die Streitenden einen Kampf von längerer Dauer unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht durchführen können, unter dessen Last zusammenbrechen müssen. Es ist nicht zu leugnen, die Kollage der Streitenden ist groß; ein Streik der Arbeiter stets mit großen Opfern verbunden. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sind diese Opfer relativ viel größer, als das bei früheren Streiks der Fall war. Trotzdem der Hunger wütet, sind die Streitenden fest entschlossen, den Kampf um ihre Rechte solange fortzusetzen, bis er siegreich beendet werden kann. Handelt es sich doch bei diesem Kampf um außerordentlich wichtige Fragen. Die Dauer der Lohnvertragsperiode, die Abwehr der Unternehmerangriffe gegen bisherige Rechte der Arbeiter, die Abwehr einer Willkürherrschaft der Unternehmer, bei Nacht, Sonntags- und Ueberstundenarbeiten, die Gewährung eines angemessenen Urlaubs sind neben der Lohnfrage die wichtigsten Streitpunkte. Würden die Rohrleger und Klempner im Kampfe um diese Forderungen unterliegen und sich dem Diktat der Unternehmer fügen müssen, so hätte das auch die schlimmsten Rückwirkungen für alle Arbeiter und weit darüber hinaus im Gefolge. Die Unternehmer haben dies nicht nur erkannt, sondern arbeiten mit allen Mitteln, um sich durchzusetzen, sie werden dabei materiell und moralisch gestützt durch das gesamte Unternehmertum. — Aufgabe der Arbeiter ist es nun, die streikenden Arbeiter ebenso zu unterstützen und damit den Plan des Unternehmertums zunichte zu machen.

Die Disziplinverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat in richtiger Erkenntnis der Sachlage beschloffen, den Streitenden diese Woche eine Extraunterstützung von 300 Mk. pro Kopf zu gewähren. Diese Extraunterstützung wird an alle am Streik beteiligten Kollegen ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit bezahlt.

Die neuen Lohnverhandlungen im Vergah.

An den heute vormittag 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium begonnenen Verhandlungen nehmen die Vertreter der Unternehmer wiederum nicht teil, so daß es jedenfalls zu einem Schiedspruch des Reichsarbeitsministers kommen wird.

Die an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften hatten zuvor Vorbesprechungen. Gefordert ist eine Lohnerhöhung von 50 Proz.

Mißgestimmte.

Die „Rote Fahne“ hat sich nach acht Tagen zu einem Bericht über die Generalversammlung des Berliner Zweigvereins des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten vom 19. September aufgeschlossen. Anscheinend mußte die Redaktion der „Roten Fahne“ dem Verleger über den Reifall der Kommunisten in dieser Generalversammlung durchaus Raum geben. Einmal im Zuge, kommt es ihr natürlich auf ein paar Verleumdungen mehr oder weniger nicht an. So behauptet das Blatt, die Mehrheit in der Versammlung sei mit vertauschten Mitgliedsbüchern und Delegiertenarten zustande gekommen. Den Beweis für diese Verleumdung müssen die Hinterzimmer der „Roten Fahne“, wie üblich, schuldig bleiben. Sie scheinen aber die Praktiken, die sie anderen beweislos unterscheiden, nur zu gut zu kennen. Man sucht bekanntlich keinen hinter dem Busch, wenn man nicht selber dahinter sah. Festgestellt wurde in der Versammlung allerdings, daß einer der größten Kritiker der Kommunisten, trotzdem er zehn Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand, also nicht mehr Mitglied des Verbandes war, sich in die Generalversammlung hineinkomplimentiert hatte.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter sucht ihre im Gegenzug zum RWA erfolgte Zustimmung zu den Abmachungen über die August-Gehälter der nichtständig Angestellten durch die Erklärung zu beschleunigen, sie habe nur mit dem Vorbehalt einer nachmaligen Nachprüfung zugestimmt. Die vorläufige Zustimmung sei nur deshalb erfolgt, um den Angestellten die fälligen Nachzahlungen baldmöglichst zukommen zu lassen. Im übrigen sei die Union jederzeit bereit, die Einheitsfront der städtischen Arbeiter und Angestellten herzustellen. Diese „Einheitsfront“ wäre wahrscheinlich leichter herzustellen, wenn die Unionsgründung unterblieben wäre. Sie wird mit ihr nicht herzustellen sein, solange die „Union“ besteht und etwa darauf wartet, bis die beteiligten Arbeiter und Angestellten zu ihr über-treten, zum Zwecke der „Einigung“.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt und etwas neblig bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Giese, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

